

Alexander Hagelüken

DIE ÖKONOMIE DES HASSES

**Wie Rechte von Trump bis AfD
unseren Wohlstand zerstören und
wie man ihre Wähler zurückholt**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0701-4

Auch als E-Book erhältlich: ISBN 978-3-8012-7071-1

Copyright © 2025 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Tel. 0228/18 48 77-0 / info@dietz-verlag.de

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor,
was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Umschlag: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: Hunter Books GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia 2025

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

INHALT

TEIL I: WARUM SO VIELE MENSCHEN RECHTS WÄHLEN

KAPITEL 1 DIE MOTIVE DER WÄHLER - UND WAS DIE RECHTEN VERSPRECHEN	8
---	---

TEIL II: WAS RECHTE ANRICHTEN

KAPITEL 2 WIE TRUMPS ZOLLINFERNO DER WELTWIRTSCHAFT SCHADET	30
---	----

KAPITEL 3 DER AUSSTIEG AUS DER EU VERNICHTET MILLIONEN JOBS	52
---	----

KAPITEL 4 OHNE MIGRATION WERDEN ALTE NICHT GEPFLEGT UND DIE WIRTSCHAFT SCHRUMPT	74
---	----

KAPITEL 5 MIT DEMOKRATISCHEN INSTITUTIONEN STIRBT AUCH DER WOHLSTAND	97
--	----

KAPITEL 6 OHNE KLIMASCHUTZ KOLLABIERT DER PLANET	122
---	-----

KAPITEL 7 WIE DIE RECHTEN REICHE NOCH REICHER MACHEN	140
--	-----

TEIL III: WIE MAN WÄHLER DER RECHTEN
ZURÜCKHOLEN KANN

KAPITEL 8 NEUE POLITIK GEGEN RECHTS	160
KAPITEL 9 POLITIK FÜR DIE MEHRHEIT	171
KAPITEL 10 EIN GESELLSCHAFTSVERTRAG FÜR MIGRATION	193
KAPITEL 11 MEHR FÜR ARBEITNEHMER UND ABGEHÄNGTE REGIONEN	210
KAPITEL 12 MEHR SICHERHEIT FÜR DIE MENSCHEN	228
DANK	247
VERWENDETE QUELLEN	248
ÜBER DEN AUTOR	271

TEIL I:
WARUM SO
VIELE MENSCHEN
RECHTS WÄHLEN

KAPITEL 1

DIE MOTIVE DER WÄHLER – UND WAS DIE RECHTEN VERSPRECHEN

Es ist halb drei Uhr nachts, als der Mann mit der Tolle die Bühne in West Palm Beach betritt. Gerade haben die Fernsehsender an diesem 7. November 2024 verkündet, dass Donald Trump wohl US-Präsident wird. Am Redepult steht *Trump will fix it*, er wird Amerika reparieren. Kurze Zeit vorher sind es noch ganz andere Menschen, die hier reparieren. Dutzende Arbeiter schleppen Gitter für Sicherheitszäune heran, montieren, bohren, schwitzen in der Hitze. Manche stammen aus Haiti. Es sind auch Zuwanderer, die Trumps Siegesfeier vorbereiten. Jene Menschen, von denen er bald Millionen aus dem Land werfen will. »An diesem Tag wird Amerika befreit«, tönt der neue Präsident von der Bühne. »Es beginnt das goldene Zeitalter.«

Große Worte macht auch die Frau mit der Halskette. AfD-Chefin Alice Weidel versucht am Abend der Bundestagswahl im Februar 2025 ein Lächeln, doch gleich wird ihre Miene wieder schneidend streng. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg zieht eine rechtspopulistische Partei als zweitstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag ein. Weidel verliert keine Zeit mit moderaten Tönen. »Wir werden sie tatsächlich jagen«, droht sie den Parteien der Mitte. Das ist ein anderer Umgang mit dem politischen Kontrahenten, als er in der deutschen Demokratie üblich war. Weidel verwendet tatsächlich den Begriff aus der Welt der Jagd, bei der Tiere getötet werden.

Wer vor zehn Jahren in einen tiefen Schlaf gefallen ist und jetzt aufwacht, kann kaum glauben, wie sich die Welt verändert hat. Überall sind rechte Parteien auf dem Vormarsch, womit ich in diesem Buch Rechtspopulisten und Rechtsextreme meine. Sie sind in Frankreich die stärkste Partei. Ebenso in Italien, wo sie mit Giorgia Meloni die Regierung anführen. Sie haben sich in Mittel- und Osteuropa fest-

gesetzt, in Ungarn und der Slowakei, lange in Tschechien und Polen. In Österreich wurde FPÖ-Chef Herbert Kickl beinahe Regierungschef, *Volkskanzler*, wie die FPÖ das Amt nennt, so wie es zuvor die Nazis bei Adolf Hitler taten. Die Türkei wird unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan beständig autoritärer. Die AfD will bei der nächsten Bundestagswahl stärkste Partei werden, was sie in Ostdeutschland bereits ist. Zusammen mit dem BSW von Sahra Wagenknecht, das bei Migration oder Klimawandel rechts tönt, erreichte die AfD schon bei dieser Bundestagswahl fast so viele Stimmen wie die Union. Und in den USA hat Donald Trump den mächtigsten Posten des Erdballs erobert: Präsident der stärksten Wirtschafts-, Militär- und Atommacht der Welt.

Der Aufstieg der Rechten bedroht Frieden, Freiheit, Minderheiten und Demokratie. Donald Trump hat im Wahlkampf angekündigt, »wie ein Diktator« zu regieren. Er hebelt demokratische Institutionen wie die Justiz aus und gibt die von Russland mörderisch überfallenen Ukrainer preis. Die mittel- und osteuropäischen Rechten manipulieren das Justizsystem, drangsalieren politische Kontrahenten und versuchen in der EU die Abwehr Russlands zu sabotieren. Der deutsche Verfassungsschutz hat die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft, wogegen die Partei geklagt hat, sodass die Einstufung auf Eis liegt. Der Verfassungsschutz soll als Frühwarnsystem verhindern, dass extremistische Parteien die Demokratie zerstören.

Der Aufstieg der Rechten ist die größte Gefahr für die Menschen im Westen seit vielen Jahrzehnten. Zu vergleichen ist diese Gefahr nur mit der Bedrohung durch autoritäre Regime wie Russland und China, die die westlichen Demokratien beseitigen wollen. Fatal ist, dass der Aufstieg der Rechten diese Bedrohung verstärkt. Politiker wie Trump sympathisieren des Öfteren mit Diktatoren wie Wladimir Putin – und schicken sich an, mit ihnen gemeinsame Sache machen.

Vergleichsweise wenig diskutiert wird bisher, welche wirtschaftlichen Konsequenzen der Aufstieg der Rechten auslöst. Dabei wählen viele auch aus wirtschaftlichen Motiven rechts, aus Frust über ihr Einkommen und die Inflation, aus Angst vor dem Abstieg.

In diesem Buch beschäftige ich mich vor allem damit, was ökonomisch mit den Menschen geschieht, wenn Rechte an die Regierung kommen. Ich verstehe das Buch als Information für alle Wählerinnen und Wähler, was aus ihrem Leben werden könnte und aus ihrem materiellen Wohlstand – der heute so groß ist wie nie zuvor in der Geschichte, die von Armut, Hunger und Elend dominiert war. Ich verstehe das Buch als Analyse, wie sich die politischen und ökonomischen Folgen rechter Politik gegenseitig verstärken. Und – in aller Bescheidenheit – als Versuch, Vorschläge zu machen, mit welcher ökonomischen Politik sich womöglich Wähler der Rechten zurückgewinnen lassen. Die Demokratien des Westens sind gefährdet, und mit ihnen Frieden und Freiheit.

Warum wählen heute so viele Menschen rechts? Die politischen, kulturellen und weiteren Ursachen sind von kundigen Fachleuten beschrieben worden. Ich möchte vor allem einen Blick auf die ökonomischen Gründe werfen, und auf damit verwandte Ursachen. Sie verraten etwas darüber, was im Kapitalismus falsch läuft und was die demokratischen Parteien der Mitte falsch machen. An den Motiven rechter Wähler zeigt sich aber auch, dass vieles nicht von den westlichen Demokratien verschuldet ist – und dass der rechte Wahlerfolg sich oft Desinformation und Manipulation verdankt.

Vor der deutschen Bundestagswahl stuften 44 Prozent der Wählerinnen und Wähler die aktuelle wirtschaftliche Lage als schlecht ein. Das ist ein markanter Unterschied zu den 2010er-Jahren. Die Deutschen haben die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP krachend abgewählt. Wirtschaft war für die Deutschen nach Frieden und Sicherheit das entscheidende Thema – vor Migration. Mindestens so schlimm wie die aktuelle Stagnation wog das Gefühl, sich in einer Dauerkrise zu befinden. Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft seit fünf Jahren kaum gewachsen. Dadurch fehlen jedem Deutschen grob gesagt 10.000 Euro Wirtschaftsleistung, also massiv Einkommen. »Was die AfD sehr erfolgreich macht, ist nicht die Lösungen versprechen – sondern die Probleme beim Namen nennen«, urteilt der Forscher Simon Schnetzer.

Bei der Wahlentscheidung sollte allerdings eine Rolle spielen, wer für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich ist. Die gescheiterte Ampel-Regierung trägt daran eine Mitschuld, weil sich SPD und Grüne mit der FDP nicht auf eine Strategie für Wachstum einigen konnten. Wesentliche Gründe für die Dauerkrise kommen jedoch von außen. 2020 verursachte die in China ausgebrochene Corona-Pandemie einen der schwersten wirtschaftlichen Abstürze der Nachkriegszeit. 2022 überfiel Russland die Ukrainer und fügte ihnen unermessliches Leid zu. Ökonomisch war die Folge von Wladimir Putins Kriegsgression unter anderem, dass die deutsche Industrie kein billiges russisches Gas mehr bekam. Weil die Industrie doppelt so viel zur Wirtschaftsleistung beiträgt wie in anderen Staaten, traf dies Deutschland schwer. Ebenso wie die allgemeinen Preiserhöhungen, die den Konsum reduzierten. Ebenso wie die Subventionen, mit denen China seine Produkte in die westlichen Märkte drückt. Die AfD profitiert von ökonomischen Problemen, die die Ampel nur zum kleineren Teil verursachte.

Auch in den USA haben sich die Wähler stark aus wirtschaftlichen Motiven für Donald Trump entschieden. Dabei lässt sich hier der abgewählten Regierung noch weniger ein Vorwurf machen. »Früher hat die wirtschaftliche Lage einen entscheidenden Einfluss darauf gehabt, ob der Präsident wiedergewählt wird«, sagt die in Berkeley lehrende Ökonomin Ulrike Malmendier. »Das gilt jetzt überhaupt nicht mehr.« Die US-Wirtschaft ist unter Joe Biden um 14 Prozent gewachsen, doppelt so stark wie in Trumps erster Amtszeit bis zum Corona-Ausbruch. Das ist wirtschaftlicher Erfolg.

Politischen Erfolg haben andere. Donald Trump mit seinem faktenfreien Mantra, Biden habe die Wirtschaft ruiniert. Und Alice Weidel mit ihrer Behauptung, die Ampel ziehe »eine Schneise der Verwüstung durch dieses Land«. Für das Schrumpfen der Wirtschaft sei nicht Kriegsherr Putin verantwortlich, sondern allein »diese unfähige Regierung«.

Die Kampagnen der Rechten verfangen auch deshalb, weil in der Ausnahmesituation aus Pandemie und Ukraine-Krieg die Preise ra-

ketenhaft stiegen. In Deutschland etwa stiegen sie um 20 Prozent, Energie und Lebensmittel verteuerten sich doppelt so stark. Die Menschen im Westen konnten sich auf einmal von ihrem Geld viel weniger leisten. Jeder Deutsche hat seit 2020 im Schnitt 5.000 Euro weniger ausgegeben. Forscher haben für die Wahlen in 18 Ländern über einen langen Zeitraum untersucht, wozu eine Hochinflation führt: Der Preisschock bewirkt, dass sich Wähler extremen Parteien zuwenden. Aktuell hat jede Regierungspartei in westlichen Ländern Stimmen verloren, was seit Anfang des 20. Jahrhunderts nicht mehr vorgekommen ist. Von der Ampel bis zu den US-Demokraten flogen viele aus der Regierung.

Doch wer hat diesen Inflationsschock verursacht, der ein derartiges politisches Erdbeben auslöst? AfD-Politiker haben schon vor Jahren behauptet, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank löse eine gigantische Inflationswelle aus. Doch das war Fake News. Die Preise stiegen erst, als in den Corona-Lockdowns weltweit Fabriken dicht waren und Lieferketten rissen. Und richtig hoch schossen die Preise erst, nachdem Wladimir Putin die Ukraine überfallen hatte. Nachdem ihn der Westen mit Sanktionen belegt hatte, stoppte er die Lieferung von Öl und Gas. Die Energiepreise vervielfachten sich. Auch Lebensmittel wurden viel teurer, etwa weil die Ukraine als einer der weltgrößten Weizenproduzenten weniger liefern konnte.

Schuld war also Putin, nicht die Ampel. Trotzdem war es die häufig russlandfreundliche AfD, die mit der Putin-Inflation zu ihrem Höhenflug in der Wählergunst ansetzte. Trotz der umfangreichen Hilfen wie der Gaspreisbremse, die einen Großteil der Belastungen abfingen – ebenso wie steigende Löhne. Doch bei den Menschen in Deutschland wie den USA bleibt vor allem hängen, dass sie jetzt mehr für den Einkauf zahlen. Das hat Trump erfolgreich genutzt, obwohl er selbst die Inflation angeheizt hat, als er zu Beginn der Corona-Pandemie Schecks an die Amerikaner verteilte. Trump hat die Inflation erfolgreich auf Joe Biden und Kamala Harris geschoben, sagt die Ökonomin Malmendier. Anders als europäische Regierungen trifft Biden eine Mitschuld an der Teuerungswelle: Seine Ausgabenpakete für

die kaputte Infrastruktur, Klimaschutz und Industriebjobs trieben die Preise mit hoch. Allerdings wird Amerika dauerhaft von diesen Investitionen profitieren.

Eines haben die Regierungen von Biden über Emmanuel Macron bis zur Ampel verpasst: Sie haben die Menschen zu wenig in ihrem Alltag der Inflationssorgen abgeholt. Ihnen zu wenig klargemacht, wie sie ihnen helfen. Und dass vor allem Kriegsaggressor Putin die Inflation verschuldet. Dabei haben sie übersehen, wie sehr sich Menschen heute über Social Media (des-)informieren. Dort fallen sie schnell auf die Rechten herein, die unablässig behaupten, die Mitte-Regierungen und der Klimaschutz verursachten die Inflation – und alles gehe den Bach herunter. Solche Untergangsszenarien tragen dazu bei, dass Wähler die Teuerung überschätzen. AfD-Anhänger taxierten die Inflationsrate 2024 auf 19 Prozent, zeigt eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft. In Wahrheit stiegen die Preise nur noch um 2 Prozent. Die Rechtswähler schätzten die Inflation also zehnmal so schlimm ein, wie sie wirklich war.

Ökonomische Motive für den Rechtsruck lassen sich nicht nur in der unmittelbaren Gegenwart finden. Sie sind auch zu erkennen, wenn man tiefer gräbt – und auf den Siegeszug des Neoliberalismus seit den 1980er-Jahren stößt. Damals riefen Politiker wie US-Präsident Ronald Reagan, die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl eine politische Wende aus: weniger Staat, weniger Grenzen für Firmen, weniger Sozialausgaben, weniger Einfluss der Gewerkschaften, weniger Steuern für Reiche und Topverdiener. In den Jahrzehnten zuvor hatten Europa und Nordamerika den Wirtschaftsboom nach dem Zweiten Weltkrieg genutzt, um ihre Gesellschaften umzugestalten: mehr soziale Leistungen, mehr Bildung und eine Verteilung des Wohlstands, etwa durch gewerkschaftliche Tarifverträge und hohe Steuern für Topverdiener. Die Gesellschaften wurden gleicher. Als der Boom stockte, kamen die Neoliberalen an die Macht. Das war auch eine Antwort auf Fehlentwicklungen: Viele Regierungen hatten in den 1970er-Jahren die Wirtschaft vernachlässigt und zu hohe Schulden angehäuft. Doch mit der neoliberalen Wende

schlug das Pendel zu weit in die andere Richtung aus. Der Neoliberalismus verteilt den Wohlstand, den der marktwirtschaftliche Kapitalismus zuverlässig produziert, unfair auf die Menschen.

Ein Beispiel ist die Theorie, wonach die ganze Gesellschaft profitiere, wenn Topverdiener und Reiche immer weniger Steuern zahlen. Die Vorteile »oben« fließen angeblich nach »unten« – *trickle down*. US-Präsident Ronald Reagan halbierte den Spitzensteuersatz. Das Ergebnis: Menschen mit Geld wurden immer reicher. Nach »unten« floss wenig. Im Gegenteil: Die Neoliberalen kürzten staatliche Leistungen zusammen, die Einkommen der Arbeitnehmer stagnierten oft, die Ungleichheit nahm zu. »Lieblose Gier und erstaunliche Dummheit begannen, alles zu zersetzen, was wir nach 1945 zur Verteidigung unserer Demokratien aufgebaut hatten«, schreibt die schottische Autorin A. L. Kennedy.

Nachdem Reagan & Co. den Neoliberalismus etabliert hatten, verfolgten konservative und liberale Politiker von George W. Bush über David Cameron und Angela Merkel bis Emmanuel Macron diese Agenda in unterschiedlicher Stärke weiter. Auch sozialdemokratische Regierungschefs von Gerhard Schröder, Tony Blair und Bill Clinton über Barack Obama bis Olaf Scholz übernahmen Teile der neoliberalen Agenda und enttäuschten so Stammwähler unter den Arbeitnehmern, die sich von ihnen oft nicht mehr vertreten fühlen. Ein rechtspopulistischer Präsident wie Donald Trump ist die Konsequenz von 50 Jahren Vernachlässigung, sagt Robert Reich, Arbeitsminister unter Bill Clinton. »Und ich sage dies sehr persönlich, denn ich war Teil dieses Versagens.« Die Reichen seien viel reicher geworden und die Armen ärmer. »Und während die Ungleichheit immer schlimmer wurde, schrumpfte die Mittelschicht«, analysiert Reich. Viele Menschen seien wütend geworden und überzeugt, dass das System manipuliert sei – zu ihrem Nachteil. »Wenn Du heute ein durchschnittlicher Arbeitnehmer bist, bist Du außerordentlich verwundbar. Niemand schützt Dich.«

Die Politik der westlichen Regierungen war seit den 1980er-Jahren natürlich nicht immer neoliberal. Es gab eine Bewegung dahin